Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen

29.09.2026

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich) 5

Anlage 1 zur Niederschrift_Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Ö16.1 31

Anlage 2 zur Niederschrift_20261026 AMV Anfrage Herr Nagelschmidt Baumaßnahmen 33

Anlage 3 zur Niederschrift_20261005 AMV Anfrage Frau Skribbe Gartenstraße 35

Anlage 4 zur Niederschrift_20261005 AMV Anfrage Frau Skribbe Informationsveranstaltung 37

Anlage 5 zur Niederschrift_20261016 AMV Herr Dr. Schillings Parkverbot Herkenrather Tor 39

Anlage 6 zur Niederschrift_20261029 AMV Anfrage Herr Wagner_Knotenpunkt 41

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
12.11.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 6-10
Schriftführung
Cornelia Türk
Telefon-Nr.
02202-141856

Niederschrift

Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen
Sitzung am Dienstag, 29.09.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 21:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe TOP 1

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Vereidigung sachkundiger Bürger**

3 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung vom 30.06.2026 - öffentlicher Teil**

4 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 30.06.2026 - öffentlicher Teil**
0334/2026

5 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

6 **Mobilitätsmanagement - Information zu Organisation und Personal**
0488/2026

7 **Schulisches Mobilitätsmanagement - Sachstand und Neuorganisation**

0489/2026

8 Mitteilungen des Bürgermeisters

8.1 Mündliche Mitteilungen

8.2 Schriftliche Mitteilungen

8.2.1 Aufstellung über die Straßenbaumaßnahmen der vergangenen 5 Jahre
0535/2026

9 Offene Beschlüsse
0336/2026

10 S-Bahnausbau
0337/2026

11 Parkleitsystem Bensberg
0490/2026

12 Radroute F2 Waldgürtel und Kastanienallee
0322/2026

13 Sonderprogramm Fahrbahndeckensanierung – Kriterien für eine Priorisierung
0524/2026

14 Umgestaltung Buchmühlenstraße
0542/2026

15 Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) zum 01.01.2027
0598/2026

16 Anträge der Fraktionen

16.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2026 - Rückbau ehemalige Fahrradstraße Nachtigallenstraße
0549/2026

16.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2026 - Verkehrssicherheit in Herrenstrunden und Herkenrath verbessern
0596/2026

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

17.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2026 - Bauverzögerung bei der Sanierung der Altenberger-Dom-Str. - Abschnitt 2
0597/2026

17.2 Mündliche Anfragen

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kraus, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt folgende Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder:

CDU-Fraktion
Robert-Martin Kraus
Dr. Oliver Schillings
Oliver Renneberg
Hermann-Josef Wagner
Frank Reiländer (abwesend 20:27 – 20:30 Uhr)
Felix Nagelschmidt (s.B.) (Vertretung für Harald Henkel) (abwesend 18:20 – 18:25 Uhr)
Wolfgang Maus (s.B.)
Max Kindervater (abwesend 19:50 – 19:59 Uhr)
Peter Steinbuck (s.B.) (Vertretung für Christian Kunze (s.B.) (abwesend 20:11 – 20:15 Uhr))

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Anke Außendorf (abwesend 18:04 – 18:06 Uhr)
Dr. Jonathan Ufer (abwesend 19:48 – 19:50 Uhr)
Anne Skribbe (s.B.) (abwesend 21:00 – 21:03 Uhr)
Dr. Friedrich Bacmeister (abwesend 17:37 – 17:39 Uhr und 19:12 – 19:15 Uhr)

SPD-Fraktion
Andreas Ebert (abwesend 18:31 – 18:37 Uhr, 19:38 – 19:43 Uhr und 21:01 – 21:04 Uhr)
Andreas Herzig (s.B.) (abwesend 21:15 – 21:18 Uhr)
Walter Helms (s.B.)
Bettina Häusling

AfD-Fraktion
Frank Cremer (abwesend 19:41 – 19:48 Uhr)
Jürgen Niemann

Volt/Fraktion Freie Wählergemeinschaft
Jörg Laschet (s.B.) (abwesend 18:34 – 18:37 Uhr, 20:12 – 20:15 Uhr und 20:19-20:22 Uhr)

DIE LINKE GL
Mara Häuser (18:11 – 18:14 Uhr)

Inklusionsbeirat
Jürgen Münsterteicher (s.E.)

Seniorenbeirat
Martin Derda (s.E.) (anwesend ab 17:36 Uhr und abwesend 18:38-18:41 Uhr)

Verwaltung
Ragnar Migenda VV III (anwesend ab 17:08 Uhr)
Dr. Marc Höhman 6
Daniel Gampp 6-60

Martin Hardt 6-64
Willi Schmitz 9-14 Ratsbüro
Anja Niemann 3-30
Cornelia Türk 6-10

Gäste
Keine

Herr Dr. Schillings bittet den TOP Ö10 vorzuziehen, da im Publikum Eltern mit ihren Kindern seien, die dieser Punkt besonders interessiere.

Der Vorsitzende setzt daher Ö9 und Ö10 hinter Ö5, so dass daraus Ö6 und Ö7 wird.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Vereidigung sachkundiger Bürger

Herr Felix Nagelschmidt (s.B. CDU-Fraktion) wird vereidigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung vom 30.06.2026 - öffentlicher Teil

Herr Herzig merkt an, dass in der Niederschrift zum AMV vom 30.06.2026, Herr Keienburg und nicht er als anwesendes Ausschussmitglied der SPD-Fraktion genannt wurde.

Herr Dr. Ufer habe in der letzten Sitzung gefragt, ob bei der Straße Golfplatz, welche parallel zum Bahndamm verlaufe, eine Sanierung geplant war. Die Straße hieße nicht Golfplatzstraße. Dies wurde von der Verwaltung bejaht. Die Straße solle 2027 in das Straßenprogramm mit aufgenommen werden und nicht wie in der Niederschrift geschrieben für übernächstes Jahr.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung der genannten Korrekturen genehmigt.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 30.06.2026 - öffentlicher Teil

0334/2026

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Vorsitzende gibt die Sitzungstermine des AMV für 2027 bekannt.

Diese sind am 02.03.2027, 04.05.2027, 30.06.2027, 28.09.2027 und 07.12.2027.

6. Mobilitätsmanagement - Information zu Organisation und Personal

0488/2026

Herr Gampp führt aus, dass die Vorlage die aktuellen Auswirkungen und Anpassungen der Verwaltung beschreibe, um den Bereich Mobilitätsmanagement neu aufzustellen. Aktuell gebe es zwei Stellen, die sich zu je 50 % um diesen Bereich kümmern. Grundsätzlich gehe es darum, was sich für die tägliche Arbeit der Verwaltung in der Bearbeitung der Themen ändere.

Herr Migenda entschuldigt sich zunächst für seine Verspätung zur Sitzung. Er ergänzt, dass die Verwaltung mit den haushälterischen Anforderungen umgehen müsse und dies insbesondere in diesem Bereich. Daher sei man gut beraten, zu prüfen, wie man durch Umorganisationen und andere Schwerpunktsetzungen möglichst viel bewegen könne, um das, was bereits auf den Weg gebracht wurde, umzusetzen. Damit zukünftig viel umgesetzt werden könne, werde dem Ausschuss diese Vorlage vorgelegt. Sie zeige jedoch auch, dass die intensive kommunikative Begleitung durch die Mobilitätsmanager so nicht weiter fortgeführt werden könne. Es werde eine gewisse Vereinheitlichung des Vorgehens geben, um so zu einer gleichmäßigen Ausrichtung zu kommen. Das schulische Mobilitätsmanagement werde weiterhin sichergestellt. Er verweist noch auf die angehängte Tabelle, welche von Interesse sein könne.

Herr Dr. Schillings findet es lobenswert, dass mit mehr Standards gearbeitet werden soll, da die Finanzsituation im nächsten Jahr schwieriger werde und somit auch der Spielraum. Er findet, dass es ein hervorragendes Vorgehen der Verwaltung sei.

Herr Dr. Ufer merkt an, dass man bei der Diskussion bereits zum nächsten Tagesordnungspunkt „Schulisches Mobilitätsmanagement“ übergegangen sei. Er fände es bedrückend und beschämend für die Stadt, dass es keine sicheren Schulwege gebe und viele Eltern jeden Morgen Angst hätten, ob ihre Kinder unversehrt in der Schule ankämen. Fast alle Schulen würden Alarm schlagen. Es gäbe von vielen Grundschulen offene Anträge für Schulstraßen. Seine Fraktion habe in den letzten Tagen eine Mail von einer Mutter in Herkenrath erhalten. Sie berichtete über die unmittelbare Gefährdung von Menschenleben durch wild parkende Elterntaxis. Die Kinder seien gezwungen, direkt in den unübersichtlichen Verkehr auszusteigen. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis hier ein Kind schwer verunglücke, da es lebensgefährliche Situationen mitten auf der Kreuzung gebe. Die Mitteilungsvorlage sei nicht ausreichend, um diesen Problemen zu begegnen. Es gebe Qualitätsstandards, welche gut klingen, aber keine einzige konkrete Maßnahme. Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Politik trage hierfür die Verantwortung. Die CDU-Fraktion habe im März 2026 mit einem Haushaltsbegleitbeschluss beantragt, dass zwei Stellen für das schulische Mobilitätsmanagement gestrichen werden. Sie haben sich gezielt genau die Stellen, die sich um die Schulwegsicherheit der Kinder kümmern, ausgesucht, obwohl sie von mehreren Seiten davor gewarnt wurden. Es sei nicht notwendig gewesen, diese Mobilitätsmanagerstellen zu streichen. Dies ginge zu Lasten der Sicherheit der Kinder. Im Juni 2026 habe die CDU-Fraktion noch eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie die Schulwegsicherheit für Kinder gefordert habe. Im Nachgang wurde dann Personal gestrichen. Seine Fraktion bittet die CDU-Fraktion, diese Entscheidung wieder zu korrigieren.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Wortbeiträge mehr auf TOP Ö7 beziehen und bittet darum zunächst auf den gerade zu behandelnden TOP einzugehen.

Herr Nagelschmidt sagt, dass die Verwaltung sehr gute Vorschläge gemacht habe. Die Verwaltung habe eine Priorisierung der Maßnahmen vorgenommen. Unter Berücksichtigung der Haushaltssituation müssten Kompromisse gemacht werden. Es seien klar im Bereich Schulen immer noch Kapazitäten vorhanden. Zudem stelle sich die Frage, ob wirklich zwei Personen mit dem Mobilitätsmanagement beschäftigt gewesen seien, so wie er es lese, sei es wahrscheinlich eher eine Person gewesen.

Frau Häusling sagt, dass Tatsache sei, dass ein Mitarbeiter weggegangen sei und andere Stellen nicht wiederbesetzt, werden würden. Die Folge sei, dass zukünftig ein standardisiertes Verfahren angewendet würde. Mobilitätsmanager seien diejenigen, die an die Schulen herantreten, um mit allen Beteiligten zu reden. Das könne nun nicht mehr geleistet werden. Die CDU-Fraktion sei für die Stellenstreichung verantwortlich.

Der Vorsitzende fügt an, dass der Stadtrat die Hoheit über den Stellenplan habe. Die Verwaltung könne die Aufgabenlast verteilen.

Herr Migenda merkt an, dass es in diesem Bereich viele Ingenieure und Ingenieurinnen gebe, aber auch Leute, die Kommunikation gelernt haben. Die meisten Mobilitätsthemen gingen nicht ohne einen hohen Aufwand an Kommunikation. Dieser Aufwand sei nicht zu unterschätzen. Gespräche müssten richtig und gut geführt werden, da ansonsten das Ergebnis auf der Strecke bliebe. Es sei schade, dass der Mitarbeiter aus diesem Bereich die Verwaltung verlassen habe. Nun teilen sich zwei Kollegen seine Aufgaben, welche aber nicht nur für das schulische Mobilitätsmanagement zuständig seien, sondern für alle Themen rund um die Kommunikation. Er bietet an, sich die Arbeiten einmal anzusehen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Einladung von Herrn Migenda, einmal als Praktikant mitzulaufen.

Herr Dr. Bacmeister bittet Herrn Nagelschmidt sachlich zu argumentieren. Dieser Mitarbeiter war unter anderem dafür zuständig gewesen, die ganze Umgebung von der GGS Refrath zu entwickeln, er habe den Schulexpress eingerichtet und vieles mehr. All dies falle nun weg. Mit der Schulsicherheit sei es nun sehr viel schwieriger geworden.

Herr Reiländer erwidert, dass die vorherigen Aussagen nicht korrekt seien. Am 20. Mai 2026 habe es die Informationsveranstaltung zu Mobilität, Verkehrsplanung und Verkehrslenkung gegeben. Herr Dr. Bacmeister sei nicht vertreten gewesen und dort habe dieser Mitarbeiter sehr viel von seiner Arbeit vorgetragen. Ein sehr großer Anteil seiner Arbeit sei das schulische Mobilitätsmanagement. Die CDU-Fraktion habe lediglich darauf hingewiesen, dass mehr Standards geschaffen werden müssten. Natürlich gehe seiner Fraktion die Sicherheit der Kinder nahe und daher wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht. Im Haushalt wurde nur eine Stelle für das Mobilitätsmanagement gestrichen.

Der Vorsitzende bittet darum, nicht weiter über einen ehemaligen Mitarbeiter zu sprechen.

Herr Dr. Schillings geht auf den TOP 4 mit den nicht umgesetzten Beschlüssen ein. Heute seien viele Kinder der Grundschule Moitzfeld anwesend. Die Probleme, die diese Kinder inzwischen seit zwei Jahren betreffen, seien immer noch nicht gelöst. Daher müssten die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Die CDU-Fraktion habe den Haushalt nicht genutzt, um den Kindern zu schaden.

Herr Migenda interveniert. Die Politik habe als Auftraggeber für die Verwaltung exakt gesagt, welche Stellen gestrichen werden sollen. Sie hätte auch sagen können, dass so und so viel Prozent in bestimmten Bereichen wegfallen sollen, und dann hätte die Verwaltung entscheiden können, welche Stellen dies betreffe. Dies sei ein sehr weitgehender Eingriff in die Verwaltungsvorgänge. Nun sei man als Verwaltung auf dem Weg all diese Dinge umzusetzen und in eine Reihenfolge zu bringen. Jedes Jahr werden immer mehr Maßnahmen umgesetzt und dies auch im Sicherheitsbereich sowie im schulischen Mobilitätsmanagement. Die Stadt stehe so gut wie lange nicht mehr da.

Herr Dr. Ufer sagt, dass die Verkehrszählung im Hasenweg so schnell durchgeführt wurde und das im Vergleich dazu das Schulische Mobilitätsmanagement länger gedauert habe, habe daran gelegen, dass dieses Thema der CDU-Fraktion wichtig und von hohem öffentlichem Interesse gewesen war. Nun sage man, dass die Schulen wichtiger als der Hasenweg seien Dies habe in der letzten Sitzung ganz anders geklungen. Die Probleme bei der Umsetzung der Maßnahmen habe es vorher schon gegeben, als die Mobilitätsmanager noch da waren. Sie seien aber auch da schon unterbesetzt gewesen. Sie haben sich aber immerhin um die Schulen gekümmert und Themen wie Schulsicherheit bearbeitet. Das schulische Mobilitätsmanagement sei Teil des Mobilitätsmanagements und die CDU-Fraktion habe diese beiden Stellen gestrichen. Daher gehe es mit dem schulischen Mobilitätsmanagement nun langsamer voran.

Herr Nagelschmidt merkt an, dass die Politik Mikromanagement betreiben müsse, läge daran, dass in der Verwaltung nicht die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Er würde gerne das Angebot von Herrn Migenda annehmen und sich die Arbeit im Mobilitätsmanagement einmal ansehen. Es habe eine Schulwegsicherheit auch schon zu Zeiten gegeben, wo noch keine Mobilitätsmanager vorhanden waren. Es sei die Aufgabe der Verwaltung, den Willen der Mehrheit umzusetzen und die Prioritäten zu setzen, um die Schulwegsicherheit voranzutreiben.

Herr Herzig nennt ein konkretes Beispiel, wozu der Wegfall der zwei Mobilitätsmanager führe. An der GGS Paffrath habe die Schulleiterin im Auftrag der Schulkonferenz letztes Jahr eine Schulstraße beantragt und der Mobilitätsmanager, der jetzt nicht mehr bei der Stadt sei, habe bei dem Antrag geholfen. Der Antrag wurde im AAB eingereicht und an den AMV weitergeleitet. Er habe in der letzten AMV-Sitzung vom 30.06.2026 nach diesem Antrag gefragt und die Antwort der Verwaltung sei gewesen, dass aufgrund der personellen Situation dieser zurzeit nicht bearbeitet werden könne.

Herr Ebert möchte noch einmal das Thema Kommunikation beleuchten. Betrachtet man die verschiedenen Probleme der Schulen, dann kann man erkennen, dass es unterschiedliche Stellen gibt, die hierfür zuständig seien. Daneben gebe es noch die einen Eltern, die möchten, dass ihre Kinder zu Fuß zur Schule gehen und die anderen, deren Kinder mit dem Auto zur Schule gebracht werden. Daran könne man erkennen, dass es ein riesiges Konglomerat von einzelnen Sichtweisen auf die einzelnen Probleme und Zuständigkeiten gebe. Die Mobilitätsmanager haben versucht durch Kommunikation hier Lösungen zu finden. Es sei ihm nicht klar, wie zukünftig Lösungen gefunden werden sollen, wenn es diese Vermittler nicht mehr oder nur eingeschränkt gibt. Die Probleme seien zu komplex und könnten nicht mit einem Standardprogramm gelöst werden. Dies könne er auch nicht in der Vorlage erkennen.

Herr Migenda sagt, dass es dem Vorsitzenden obliegt, die Reihenfolge der einzelnen TOP’s zu ändern. Es sollte aber bei Betrachtung dieses Punktes auch über die Verkehrslenkung gesprochen werden. Hier gebe es von der Politik auch eine klare Vorgabe, welche die stationäre und temporäre Verkehrslenkung betreffe. Bei der stationären Verkehrslenkung gebe es nur noch eine

Person. Diese ist für die Anordnung sämtlicher Maßnahmen zuständig, ansonsten komme man nicht mehr weiter und es komme zu haftungsrechtlichen Problemen.

Der Vorsitzende bittet Herrn Migenda um eine sachliche Debatte. Er könne verstehen, dass es ein emotionales Thema sei, wenn Stellen gestrichen werden. Die Verwaltung habe den aktuellen Standpunkt aufgezeigt und auch lösungsorientiert aufgezeigt, was das schulische Mobilitätsmanagement zukünftig leisten könne. Er finde es gut, dass der Ausschuss es schaffe, Standards zu definieren und er würde sicherlich auch wünschen, wenn man sich in einem anderen finanziellen Rahmen befände. Daher appelliere er noch einmal an den Ausschuss, mehr inhaltlich auf die Tagesordnungspunkte einzugehen und auch das Positive in dieser Vorlage zu sehen.

Frau Außendorf sagt, dass nun über eine Vorlage gesprochen werde, woran man erkennen könne, dass die Verwaltung versuche, noch etwas umzusetzen, obwohl es schwierig sei. Sie halte es für wichtig, über die Konsequenzen aus den Beschlüssen aus Mai 2026 zu sprechen. Es gehe hier aber um eine Mitteilungs- und keine Beschlussvorlage und daher bittet sie darum, bald zum Ende der Debatte zu kommen.

Herr Cremer findet, dass es nicht so dramatisch sei, dass Stellen weggefallen seien, da diese vielleicht nicht ganz so wichtig gewesen seien. Des Weiteren finde er es auch schwierig, dass Schulen einen Antrag vor zwei Jahren gestellt haben und bisher noch nicht gehandelt wurde. Daher schlage er vor, ob nicht temporär an der Hauptstraße eine Zone 30 eingerichtet und Warnsignale für die Kinder aufgestellt werden könnten, damit kurzfristig Abhilfe geschaffen werde. Damit würde man nicht erst bis 2027 warten müssen. Er würde es begrüßen, wenn den Eltern aus Moitzfeld die Gelegenheit gegeben werde, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende verweist auf die Geschäftsordnung, die kein Rederecht vorsieht.

Herr Reiländer sagt, dass es sachlich falsch sei, was gesagt wurde. Es sei nicht korrekt, dass die CDU-Fraktion Stellen gestrichen habe. In einer Abwägung habe man sich dagegen ausgesprochen, dass zwei neue Stellen im Mobilitätsmanagement geschaffen werden. Das Problem sei gewesen, dass einer von zwei Mobilitätsmanagern die Verwaltung verlassen habe. Er würde von der Verwaltung erwarten, dass es in einem so großen Tätigkeitsfeld möglich sei, diesen Wegfall aufzufangen.

Frau Häusling stellt den Antrag auf Schließung der Rednerliste gemäß der Geschäftsordnung.

Da sie soeben bereits gesprochen habe, könne sie den Antrag nicht stellen.

Frau Skribbe stellt nun den Antrag auf Schließung der Rednerliste gemäß der Geschäftsordnung.

Der Antrag wird angenommen und die Rednerliste wird geschlossen. Vorher haben noch diejenigen, die bereits auf der Rednerliste stehen, das Recht ihren Teil zur Debatte beizutragen.

Herr Ebert bittet darum, eine sachliche Diskussion zu führen. Seiner Ansicht nach war es kurzsichtig, diese zwei Stellen zu streichen. Dennoch stelle sich nun die Frage, wie mit dem Problem weiter umgegangen und es gelöst werden könne. Daher bittet er darum, in der Diskussion wieder auf die Lösung der Probleme zurückzukommen.

Herr Laschet habe die Diskussion aufmerksam verfolgt. Von der CDU-Fraktion wurde gesagt, dass mit drei Mitarbeitern die Verkehrsplanung und -lenkung entwickelt werden könne. Seines

Erachtens seien dies zu wenige Mitarbeiter und dieser Bereich hätte aufgestockt werden müssen, da die Kinder unsere Zukunft seien. Dies gehe nur, wenn ein Konzept entwickelt werde, welches auf die Kinder abgestimmt sei. Ihnen muss beigebracht werden, wie der Straßenverkehr funktioniere. Jetzt sei nur noch ein Mitarbeiter in der Verwaltung dafür zuständig und wenn dieser auch noch die Verwaltung verlasse, sei eine Nachbesetzung durch die Wiederbesetzungssperre nicht möglich und dies würde zu einem Totalausfall führen.

Herr Niemann sei der Meinung, dass an dem Problem vorbeigeredet werde. Es gebe uneinsichtige Elternteile, die Gefahrensituationen vor den Schulen herbeiführen und an diese sollte man erst einmal herantreten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Schulisches Mobilitätsmanagement - Sachstand und Neuorganisation

0489/2026

Herr Gampp führt aus, dass von zwei Stellen in der Verkehrslenkung nur eine Stelle zurzeit mit einer Auszubildenden besetzt sei. Die Schulzonen seien eine notwendige Weiterentwicklung zum bisherigen Mobilitätsmanagement. Der Nachteil sei, dass die pädagogische Betreuung vor Ort wegfalle und von Vorteil sei eine flächendeckende Bearbeitung der Schulwege in einem bestimmten Radius. Das Ziel sei, dass nicht wie bisher einzelne Schulen betrachtet werden sollen. Dies sei besonders für die Kinder wichtig. Hinzu komme, dass dadurch der personelle Aufwand pro Schule begrenzt werde. Auch hier wird die Verwaltung an die Kapazitäten kommen, da jede Markierung, die umgesetzt werden soll, aus rechtlichen Gründen angeordnet werden muss. Dies sei eine Herausforderung, man sei aber motiviert diese umzusetzen.

Herr Dr. Schillings fragt die Verwaltung, obwohl es das dreistufige Verfahren nicht mehr gebe, ob es möglich sei, eine kurzfristige Aktion wie z.B. eine Tempo-30-Zone vorzuziehen, um die Situation an den Schulen zu entschärfen.

Frau Häuser begrüßt den Vorschlag, kurzfristige Maßnahmen vorzuziehen.

Herr Ebert sagt, dass dies schwierig sei, da es zur Umsetzung solcher Maßnahmen Mitarbeiter geben müsse, die dies rechtsicher anordnen können. Dies sei nicht der Fall und dieses Problem gelte es zu lösen.

Herr Cremer sagt, dass dies genau das sei, was er vorhin bei der GGS Moitzfeld vorgeschlagen habe. Dann fügt er noch an, dass nicht die CDU-Fraktion an der Situation an der GGS Moitzfeld schuld sei, da diese Problematik bereits seit zwei Jahren bestehe.

Herr Gampp sagt, dass das dreistufige Verfahren das alte Konzept sei und dies nicht mehr praktiziert werde. Die Kleinmaßnahmen könnten sicherlich durchgeführt werden, wenn dies aber an vielen Grundschulen geschehe, dann wäre diese eine Person wieder so stark eingebunden, dass sie nichts anderes machen könne. Daher mache es Sinn, dass die Schulen gebündelt abgearbeitet werden. Zudem komme hinzu, dass durch die einzelnen Kleinmaßnahmen der Gesamtblick auf alle Schulen fehle.

Herr Ebert betont, dass es ihm darum ginge, pragmatische Lösungen zu finden. Daher sei er in diesem Ausschuss. Und wenn es auf diesem Weg Hindernisse zu überwinden gebe, dann sei er

daran interessiert Lösungen zu finden. Das Hindernis hier, sei, dass es keine Person gebe, die all diese Anordnungen durchführen könne.

Herr Herzig findet es positiv, dass alle Grundschulen in Bergisch Gladbach berücksichtigt werden. Es gebe sicherlich Fragen zu der Priorisierung. Der bisherige Bearbeitungsstand fließe mit in die Priorisierung ein. Es hätte jedoch noch mehr die Notwendigkeit der Verkehrssicherheit betrachtet werden sollen. Er bittet die Verwaltung, die Priorisierung noch näher zu erläutern.

Herr Nagelschmidt fügt an, dass die Priorisierung wohl mit dem Personalmangel zu tun habe. Die Schulsicherheit sollte jedoch die höchste Priorität haben.

Herr Wagner sagt, dass die Verwaltung einen Stellenanstieg von 2018 bis heute um mehr als 30 % hatte. Dies sei sicherlich den gestiegenen Aufgaben geschuldet. Die Grundsteuer B hätte erhöht werden sollen und dies habe man verhindern wollen. Es sollten später einmal nicht die Kinder die Schulden zahlen müssen. Daher ginge es darum, so sparsam wie möglich mit dem Personal umzugehen. Er gebe noch einmal zu bedenken, dass es seit 2018 einen Personalzuwachs von über 30 % bei gleichbleibender Anzahl an Bürger gegeben habe.

Herr Dr. Bacmeister fügt an, dass im Jahr 2018 das Ende einer zehnjährigen Haushaltssicherung gewesen war. In dem Bereich von Herrn Hardt habe es danach nur noch 1 ½ Bauleiter gegeben. Danach habe es enorme Anstrengungen gegeben, damit die Verwaltung wieder arbeitsfähig werden konnte. Daher sei dies ein schlechter Vergleich. Prinzipiell müsse sorgfältig mit den Mitteln umgegangen werden. Man solle aber nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen betrachten.

Herr Laschet gebe Herrn Wagner grundsätzlich recht. Hier werde über die Verkehrssicherheit, insbesondere über das schulische Mobilitätsmanagement diskutiert. Es gehe um die Verkehrssicherheit unserer Kinder und dafür müssten mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Daher halte er es für zweckmäßig, dass in Teilbereichen über eine Aufstockung nachgedacht werden sollte.

Frau Außendorf beantragt das Ende der Debatte.

Herr Renneberg möchte wissen, ob der Markierungs- und Beschilderungsplan extern vergeben werde.

Herr Ebert merkt an, dass es eine strenge Trennung zwischen dem schulischen Mobilitätsmanagement und dem Personal nicht gebe. Es sei so viel Personal gespart worden, dass die Verwaltung nicht mehr handlungsfähig gewesen sei. Die Eltern und Kinder hätten ein Recht auf eine Verwaltung, die die Dinge umsetze.

Herr Gampp sagt, dass in der Erstellung der Priorisierungsliste die bereits getroffenen Beschlüsse mit eingeflossen seien. Es habe aber auch die räumliche Verbindung der einzelnen Schulen eine Rolle gespielt. In dem letzten Paket seien die Schulen, die noch keinen Antrag gestellt haben. Das Sicherheitsdefizit wurde nicht explizit priorisiert, da dies grundsätzlich bei allen Schulen vorliege. Dann geht er noch auf die Vergabe des Markierungs- und Beschilderungsplanes ein. Dies werde individuell entschieden, teilweise erfolgt dies extern und teilweise intern. Die Anordnung jedoch könne nur intern bearbeitet werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Mitteilungen des Bürgermeisters

8.1. Mündliche Mitteilungen

Herr Migenda teilt mit, dass Herr Gampp die Verwaltung verlassen werde.

8.2. Schriftliche Mitteilungen

8.2.1. Aufstellung über die Straßenbaumaßnahmen der vergangenen 5 Jahre

0535/2026

Herr Hardt sagt, dass Herr Niemann in der letzten Ausschusssitzung gebeten habe, eine Aufstellung über die Straßenbaumaßnahmen der vergangenen 5 Jahre zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich zu der Aufstellung wolle er noch Fotos von zwei Maßnahmen zeigen, welche jetzt im Sommer fertig gestellt wurden und die Verwaltung sehr lange beschäftigt haben. Es gehe dabei um das Gewerbegebiet in der Heinz-Fröhling-Straße (Gewerbegebiet Obereschbach) und um die Laurentiusstraße.

Herr Renneberg möchte von der Verwaltung wissen, warum dort, wo man von der Grundschule hoch zur Laurentiusstraße fährt, nicht mehr rechts vor links gelte.

Herr Nagelschmidt möchte von der Verwaltung wissen, wann das Geländer auf der linken Seite hinter dem Parkhaus gemacht werde.

Herr Hardt antwortet, dass die Vorfahrtsregelung seinerzeit beschlossen und durch die Straßenverkehrsbehörde angeordnet worden sei. Die Markierungen seien in der Straßenplanung berücksichtigt worden und sollten in kürze aufgebracht werden. Zu dem Geländer könne er keine Aussage treffen. Dies hänge davon ab, ob Gelder hierfür zur Verfügung ständen, und dies müsse mit der Kämmerei geklärt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Offene Beschlüsse

0336/2026

Frau Skribbe hat eine Anmerkung zu der RadPendlerRoute auf den Seiten 29-31. Sie sagt, dass dort verschiedene Zeiträume dargestellt werden, da diese aufgrund der mangelnden Kapazitäten immer wieder zurückgestellt wurden. Sie weist noch einmal daraufhin, dass dies ein wichtiger Schulweg sei, vor allem die Querung im Arbeitspaket 4.

Herr Dr. Höhmann erwidert, dass die Querung an dieser Stelle noch dieses Jahr erfolgen werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. S-Bahnausbau

0337/2026

Herr Ebert hakt noch einmal bezüglich der Abstellanlage nach. Sie sei wichtig für den innerstädtischen Güterverkehr und diese Möglichkeit solle nicht zerstört werden. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob dies bei den Planungen weiterhin mitberücksichtigt werde.

Herr Schmitz sagt, dass dieser Punkt bei der DB angebracht wurde. Diese Kosten plane die DB allerdings nur, wenn ein Bedarf bestehe. Der Güterverkehr in Bergisch Gladbach sei jedoch stetig zurückgegangen. In der nächsten AMV-Sitzung werde es darüber eine Abstimmung geben und anschließend noch eine Bürgerversammlung. Möglicherweise ließe sich die DB darauf ein.

Herr Ebert betont noch einmal, dass es wichtig sei, diese Option zu erhalten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11. Parkleitsystem Bensberg

0490/2026

Zusätzlich wird der Änderungsantrag der Fraktion Volt/FWG vom 25.09.2026 behandelt.

Frau Außendorf möchte von der Verwaltung wissen, wie sie zu dem Vorschlag des Änderungsantrags stehe, kein Parkleitsystem in Bensberg einzurichten.

Herr Dr. Höhmann sagt, dass es möglich sei. Er halte dies aufgrund des beobachteten Parkverhaltens für durchaus denkbar, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltslage und die Kosten/Nutzen Relation.

Herr Ebert sagt, dass das Thema aktives Parkleitsystem in Bensberg nun wieder auf der Tagesordnung stehe. Beim letzten Mal wurde man von den Ingenieuren des Planungssystems darauf aufmerksam gemacht, dass kein Parkleitsystem erforderlich sei. Hätten sie dies nicht getan, dann hätten sie sich nach BGB schadensersatzpflichtig gemacht. Er sagt, dass wenn die Parkschilder, die jetzt vorhanden seien, nicht mehr in Ordnung seien, dann könne man sie ersetzen. Zu mehr sei seine Fraktion nicht bereit.

Herr Nagelschmidt schlägt vor, dass nach dem Neubau der Schloßstraße zunächst einmal die Situation abgewartet werde. Daher beantragt er eine Vertagung um zwei Jahre.

Herr Dr. Schillings sagt, dass es eine Untersuchung von der RWTH Aachen zu der Parksituation in den Innenstädten gebe. Dadurch würde man sicherlich auch noch einmal einen interessanten Input bekommen. In seiner Fraktion sei man zu dem Entschluss gekommen, dass, wenn eine Investition getätigt werden solle, dann nur für ein dynamisches Parkleitsystem.

Herr Cremer merkt an, dass viel über den Stellenabbau gesprochen wurde, um Geld zu sparen. An dieser Stelle könne man sehr viel Geld sparen.

Herr Reiländer sagt, dass noch eine Parkraumuntersuchung stattfinden werde, und diese solle man noch abwarten. Des Weiteren fragt er, ob diese Schilder dann zukünftig nicht auch als Werbeflächen genutzt werden könnten. Das Parkleitsystem sei allerdings nicht so wichtig, wie die Schulwegsicherheit der Kinder.

Herr Dr. Ufer fügt hinzu, dass seine Fraktion sich dem Vorschlag auf Vertagung anschließen könne.

Herr Laschet sagt, dass der Antrag seiner Fraktion verständlich und kurz gefasst sei und daher nicht näher erläutert, werden müsste. Er entnehme der Debatte, dass der Änderungsantrag verfolgt werden soll, aber die Entscheidung um zwei Jahre aufgeschoben werden soll. Dem könne sich seine Fraktion anschließen und halte daher den Änderungsantrag nicht weiter aufrecht.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Mobilität und Verkehr beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf das Jahr 2028.

12. Radroute F2 Waldgürtel und Kastanienallee

0322/2026

Herr Dr. Bacmeister möchte von der Verwaltung wissen, ob es schon Überlegungen zu dem nordöstlich anschließenden Teil gebe, insbesondere an welcher Stelle die Kölner Straße überquert werden soll.

Herr Dr. Ufer sagt, dass die Mitteilungsvorlage im Wesentlichen zwei Maßnahmen beinhalte. Es werden die Parkplätze markiert und der Kreisverkehr ausgewiesen. Beide Maßnahmen werden von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen begrüßt.

Herr Ebert möchte noch einmal darauf hinweisen, dass dieser Streckenabschnitt besonders für die Schulen wichtig sei. Es gebe eine enge Kooperation zwischen dem Otto-Hahn-Gymnasium und dem Albert-Magnus-Gymnasium. Dies sei die kürzeste Verbindung zwischen den beiden Schulen und daher sei die Querung der Kölner Straße von großer Bedeutung.

Herr Renneberg möchte von der Verwaltung wissen, ob im Kreisverkehr der Radweg zusammen mit den PKW’s geführt werde oder ob es möglich sei, dies zu separieren. Des Weiteren wolle er wissen, wie sich dieser Abschnitt in die Gesamtroute einfügt und ob dabei die Querung über die Frankenforster Straße berücksichtigt werde.

Herr Gampp antwortet, dass mit den ersten Abschnitten der Radroute F2 bereits begonnen wurde. Dieser Abschnitt sei ein weiteres Stück. Die Querungsanforderung sei in der Planung ein wichtiger Punkt gewesen. Gerade gebe es die Prüfung, ob im Rahmen der Sanierung der Straße die Querung vorgezogen werden könne. Des Weiteren ergänzt er, dass die Parkflächen nicht wegen der Radroute entfallen würden, sondern es gehe darum, die Sichtfelder freizuhalten. Dann geht er noch auf die Frage zum Kreisverkehr ein. Der Radverkehr werde dort in den Mischverkehr geführt und es gebe keine gesondert ausgewiesene Radverkehrsanlage.

Herr Dr. Schillings sagt, dass er sich mit vielen Anwohnern unterhalten habe und sehe auch hier eine Klage auf die Stadt zukommen. Er verstehe unter anderem nicht, warum der Kreisverkehr mit einer Pflasterung versehen werden soll, anstatt Schilder aufzustellen. Ein wichtiger Punkt sei es, dass die Querungen so schnell wie möglich gebaut werden.

Herr Nagelschmidt sagt, dass die Erfahrungen gezeigt haben, dass eine Schikanierung der Anwohner durch den Wegfall von Parkplätzen zu Unmut führe und einen Prozess nach sich ziehen könne. Trotzdem mache man so weiter und in diesem Fall seien anscheinend genügend Geld und Kapazitäten vorhanden.

Herr Ebert merkt an, dass der Einwand nachvollziehbar sei. Er gebe jedoch zu bedenken, dass die Gestaltung des Radverkehrs und die Mobilität ganz eng zusammenhängen. Es sei der letzte Bereich, wo die Stadt aus eigener Kraft noch eine Gestaltungsmöglichkeit habe, um den Modal Split zu verändern. Er möchte niemanden erziehen. Wenn man sich jedoch die Verkehrsstatistik anschaue, dann stelle man fest, dass sich die Rentner erst nach dem Berufsverkehr auf den Weg machen, um ihre Dinge zu erledigen. Dieses positive Beispiel könne eine Anregung für den Hol- und Bringverkehr an den Schulen sein. Solche Maßnahmen sollten zur Gestaltung der Mobilität genutzt werden.

Frau Skribbe sagt, dass sie in einer Stadt leben möchte, wo sowohl Kinder als auch Rentner leben und sie begrüße es, dass die Stadt dieses Thema angehe.

Frau Außendorf fügt an, dass das Radroutenkonzept schon seit einiger Zeit den Ausschuss beschäftige. Nun sei man dabei, die Ausgestaltung vorzunehmen und daher sei es legitim darüber zu debattieren, ob ein Kreisverkehr sinnvoll sei oder nicht. Dabei gehe es nicht um den Wegfall von Parkplätzen. Diese seien seinerzeit im Zusammenhang mit der Sanierung der Straßen angepackt worden.

Herr Maus sagt, dass er wegen des MobiK (städtische Mobilitätskonzept) in die CDU-Fraktion eingetreten sei. Er wolle wissen, was in Bergisch Gladbach passiere und was die Ziele der Mobilität seien. Ziel müsse es sein, die Fahrradstraßen auch klimakritisch zu betrachten. Zudem seien sie auch wirtschaftlich bedenklich. Tempo 30 sei also nicht klimafreundlich und volkswirtschaftlich auch nicht optimal. Daher sollte man mit mehr Fachwissen in die Debatten gehen.

Herr Dr. Schillings macht einen pragmatischen Vorschlag. Es könnten Schilder für die RadPendlerRoute aufgestellt werden und das Geld, welches für den Umbau des Kreisverkehrs gespart werde, könne man in Signalanlagen zur Überquerung der Kölner Straße stecken.

Herr Steinbuck sagt, dass er das Ganze noch einmal zurückstellen würde, um dies sachlich und richtig durchplanen zu können.

Herr Laschet merkt an, dass die politischen Beschlüsse getroffen wurden und sollte man mit diesen unzufrieden sein, dann müssten neue Beschlüsse gefasst werden.

Herr Migenda verstehe, dass man sich bei den Fahrradrouten Gedanken über den sogenannten Flickenteppich machen würde. Man müsse jedoch mit den vorhandenen Gegebenheiten zurechtkommen. Das Mobilitätskonzept wurde von der Politik beschlossen und die Verwaltung sei für die Umsetzung zuständig. Schilder könnten nicht einfach aufgehangen werden, hierfür gebe es bestimmte Standards und Vorschriften. Des Weiteren merkt er an, dass die Autos immer größer und schwerer werden und dadurch, dass sie auf der Straße geparkt werden, würden sie dem Verkehr immer mehr Raum entziehen. Er bittet zudem erst einmal die Ergebnisse zu den Fahrradstraßen Nachtigallenweg/Hasenweg, welche noch vor der Jahreswende präsentiert

werden, abzuwarten. Es werde immer Bürger geben, die klagen. Er hoffe aber nicht, dass durch solche Gerichtsbeschlüsse, nun jede Maßnahme in Frage gestellt werde.

Herr Reiländer sagt, dass es darum gehe, sichere durchgehende Radrouten zu ermöglichen. Zu den Knotenpunkten fehlten ihm noch Antworten von der Verwaltung. Da über diese zuerst nachgedacht werden müsste und dann über die Anbindungen.

Herr Wagner fügt noch an, dass die Straßen der Stadt Bergisch Gladbach so seien, wie sie sind und auch er wolle von der Verwaltung zuallererst wissen, wie diese Knotenpunkte sicher gestaltet werden können. Dies seien die gefährlichsten Stellen der Fahrradrouten.

Herr Nagelschmidt merkt an, dass es nicht die Aufgabe der Verwaltung sei, den Ausschuss zu bewerten, sondern die des Vorsitzenden. Die Aufgabe der Verwaltung sei, die Projekte vernünftig umzusetzen und dabei gelte es, sich rechtlich abzusichern.

Herr Ebert ergänzt noch einmal seine vorherige Aussage. Wenn man nicht den Hol- und Bringservice beeinflussen möchte, dann solle das Ziel sein, die Eltern zu beeinflussen. Des Weiteren erinnert er noch einmal daran, dass das Radroutenkonzept von der Politik der Verwaltung vorgegeben wurde. Das Ziel sei gewesen, mehr Mobilität zu ermöglichen ohne zusätzliche Straßen zu bauen. Die Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern entständen immer dort, wo der Straßenraum verengt sei. Sein dringender Appell sei es, dass man zusammenarbeitet, damit die Standards so hochgehalten werden, um damit die Eltern des Hol- und Bringservice zu überzeugen.

Frau Häusling stellt den Antrag auf Schließung der Rednerliste.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. Sonderprogramm Fahrbahndeckensanierung – Kriterien für eine Priorisierung

0524/2026

Herr Dr. Ufer sagt, dass es sinnvoll sei, dass Geld in die Hand genommen werde, um die Fahrbahndecken zu sanieren, da diese in keinem guten Zustand seien. Es sei in der Tat schwierig zu beurteilen, welche Straßen zuerst saniert werden sollen. Seine Fraktion stimme der Priorisierung zu, bittet jedoch darum, dass die Verwaltung noch einmal die Systematik der Priorisierung erläutere.

Herr Hardt führt aus, dass die Verwaltung davon ausgegangen sei, dass jährlich 5 Mio. Euro verfügbar seien. Addiere man nun die Maßnahmen aus 2027, dann sei man weit über die 5 Mio. Euro hinaus. Das heißt, dass 2028 die Maßnahmen mit höherer Priorisierung aus den 28iger Maßnahmen zur Ausführung kommen. Es könne jetzt noch nicht abschließend gesagt werden, ob alle Maßnahmen, die jetzt für 2027 als möglich aufgeführt seien, auch tatsächlich ausgeführt werden können. Man würde jetzt die für 2027 geplanten Maßnahmen nach der Priorität abarbeiten und gehe davon aus, dass man etwa bei der Hälfte der Maßnahmen schon im nächsten Jahr sei. Dies hänge auch davon ab, wann der Haushalt für 2027 genehmigt werde. Wenn die Verwaltung, wie in diesem Jahr, erst im August die Genehmigung erhalte, könne sie auch erst dann anfangen, die Prioritätsliste abzuarbeiten und würde die 5 Mio. Euro nicht erreichen. So würde man die Maßnahmen mit einem hohen Punktestand in das Jahr 2028 mitnehmen und versuchen in der neuen Reihenfolge abzuarbeiten.

Der Vorsitzende sagt, dass er aus seiner Erfahrung heraus wisse, dass vor Juli mit keinem genehmigten Haushalt zu rechnen sei.

Herr Dr. Schillings freut sich, dass der Gedanke mit den Kriterien jetzt umgesetzt wurde und somit die Nachvollziehbarkeit für die Bürger gegeben sei. Nach einem Jahr könne man noch einmal schauen, ob der Kriterienkatalog angepasst werden müsse.

Herr Maus sagt, dass er auf einer Schulungsveranstaltung der Verwaltung für die Ausschussmitglieder des AMV gewesen sei. Dort habe er gefragt, ob es möglich sei, wenn bei alten Straßen die Probleme progressiv steigen, diese mit einem Budget, welches nicht progressiv steige, zu lösen. Die Fachleute seien der Meinung gewesen, dass dies nicht zu lösen sei.

Herr Derda sagt, dass er Radfahrer sei und sehr viel mit seinem Pedelec fahre. Die Frostschäden auf den Radwegen seien mal geschlossen worden und jetzt wieder vorhanden. Er hoffe, dass diese Schäden erneut beseitigt werden.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass wenn auf die Genehmigung des Haushalts für 2027 gewartet werde, dies zu einer Zeitverzögerung führe. Daher möchte er von der Verwaltung wissen, ob es für dieses Programm eine Möglichkeit gebe, eine Beschleunigung herbeizuführen.

Der Vorsitzende sagt, dass es nach seinem Kenntnisstand nicht möglich sei.

Herr Migenda bestätigt, dass dies nicht möglich sei. Man habe allerdings mit Herrn Hardt und seinen Kollegen erfahrene Leute und werde sich gemeinsam Gedanken über eine Lösung machen. Es werden dieses Jahr noch Aufträge vergeben, die dann weitergeführt werden können. Nächstes Jahr sei der sicherungspflichtige Haushalt und daher komme es noch einmal zu einer Verschärfung.

Herr Ebert möchte wissen, was getan werden müsse, damit die Verwaltung sofort die Verbindlichkeit habe, mit der Arbeit zu beginnen.

Herr Dr. Höhmann weist daraufhin, dass noch ein reguläres Maßnahmenprogramm, welches eine Vielzahl von Maßnahmen vorsehe, vorliege. Die Verwaltung werde nicht untätig sein und hätte noch genügend Maßnahmen zum Abarbeiten. Es werde versucht werden, so viele Mittel wie möglich zu binden. Hinzu komme, dass für die Umsetzung das nötige Personal vorhanden sein müsse. Dies habe zur Folge, dass die Verwaltung ohnehin bis Mitte des Jahres ausgelastet sei.

Herr Wagner fragt, ob es für die Maßnahmen, die in diesem Programm enthalten seien, noch Ermächtigungsübertragen aus den Vorjahren gebe.

Dies wurde von der Verwaltung verneint.

Der Vorsitzende möchte von Herrn Hardt wissen, wann durch Straßen NRW mit der Frankenforster Straße begonnen werden könne. Er wolle wissen, ob es ein mögliches Beginn Datum für die Hauptmaßnahme gebe.

Herr Hardt antwortet, dass diese Maßnahme bereits beauftragt sei. Die Verwaltung habe den Auftrag an Straßen NRW bereits erteilt.

Der Vorsitzende begrüßt dies, da dies auch immer ein Ärgernis gewesen sei.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum Sonderprogramm Fahrbahndecken zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für den Haushalt 2027 Ausgaben von 5 Mio. € und Einnahmen von 1 Mio. € anzumelden sowie zeitversetzt weitere Einnahmen in Höhe von 1 Mio. € für 2028 für die Sanierung von Fahrbahndecken anzumelden. Die Verwaltung hat über Aktualisierungen zum Programm und eine ggf. veränderte Priorisierung zeitnah zu berichten.

14. Umgestaltung Buchmühlenstraße

0542/2026

Zusätzlich werde der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD vom 25.09.2026 behandelt.

Herr Hardt sagt, dass in der Vorlage ein heller Asphalt vorgeschlagen wurde, und die Verwaltung nun abweichend einen farbigen Asphalt vorschlagen würde. Diesen gebe es bereits in Herrenstrunden gegenüber von der Dröppelminna. Dies sei im Rahmen der Regionale 2010 geschehen, also rund 15 Jahre alt. Es handle sich um einen ockerfarbigen Asphalt. Dort seien vor kurzer Zeit durch die Rhein Energie Aufbrüche gemacht worden. Die Aufbrüche wurden ebenfalls mit dem farbigen Asphalt geschlossen, was funktioniere und einheitlich wirke. Aus Sicht der Verwaltung wäre es sinnvoller, mit dem farbigen Asphalt, als herkömmlichen Asphalt mit einem hellen Gestein zu wählen. Des Weiteren wurde im Arbeitskreis die Tempobegrenzung in der Buchmühlenstraße angesprochen. Dort gebe es heute bereits eine Zone 20, aus der Laurentiusstraße kommend in die Buchmühlenstraße. Das Schild sei an einer Laterne angebracht gewesen, welche für den Neubau, der dort entstehe, demontiert werden musste. Die Verwaltung habe nun festgestellt, dass das Verkehrsschild dadurch mit entfernt wurde und auf der anderen Seite, wenn man von der Schnabelsmühle in die Hauptstraße hineinfährt, sei auch ein Zone 20 Schild vorhanden, welches allerdings schlecht sichtbar sei. Dies werde zusammen mit dem Halteverbotsschild vorgezogen werden, so dass dann mit der Reparatur der Buchmühlenstraße auch wieder aus beiden Richtungen die Zone 20 Schilder deutlich sichtbar seien.

Herr Nagelschmidt möchte von der Verwaltung wissen, ob der farbige Asphalt zusätzliche Kosten auslösen würde. Des Weiteren weist er daraufhin, dass bei einem erneuten Aufreißen der Decke, dies zu einem Flickwerk führen würde. Sollten Mehrkosten ausgelöst werden, dann sollte dies aufgrund der Haushaltslage nicht umgesetzt werden.

Herr Migenda sagt, dass es zusätzliche Kosten verursachen würde. Es handle sich um ca. 300 m², welche ungefähr 10.000 € kosten würden. Die Mehrkosten seien überschaubar. Den Flickenteppich könne er nicht erkennen. In Herrenstrunden sehe dies gut aus. Es wäre jedenfalls wichtig, sich für einen hellen Belag zu entscheiden, da ein dunkler Belag zum einen die Autofahrer dazu verleiten könnte, schneller zu fahren und zum anderen würde dieser in den Sommermonaten zu einem zusätzlichen Aufheizen der Stadt führen.

Frau Häusling fügt an, dass der Vorschlag, diesen Belag zu wählen von ihrer Fraktion gekommen sei.

Frau Außendorf sagt, dass sich der von der Mitteilungsvorlage abweichende Vorschlag optisch besser machen würde und die geringen Mehrkosten vertretbar seien.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung vorsehe, dass Anträge zur Sache, die Mehrkosten verursachen mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag verbunden werden müssen. Daher bittet er darum, dass die antragsstellende Fraktion den Deckungsvorschlag benenne.

Herr Dr. Ufer sagt, dass es in dem Änderungsantrag nicht um die Farbe des Asphalts gehe. Im Wesentlichen gehe es um das Anbringen eines Tempo 20 Schildes. Dass die Verwaltung nun entscheide, einen anderen Straßenbelag zu nehmen, nehme seine Fraktion zur Kenntnis. Es sei nicht Gegenstand des Änderungsantrags.

Der Vorsitzende sagt, dass er dies etwas anders als die antragstellende Fraktion sehe.

Herr Ebert fügt an, dass der Einwand formal richtig sei. Es handle sich hierbei aber um Mehrkosten im Toleranzbereich.

Herr Migenda sagt, dass zunächst einmal noch kein Beschluss vorliege. Erst im Nachgang würde die Verwaltung entscheiden, welcher Straßenbelag genommen werden soll.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Maßnahmen im Beschluss auszuweisen, damit dies formal korrekt sei und beschlossen werden könne.

Herr Dr. Ufer sagt, dass der Punkt 1 des Änderungsantrags aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung übernommen wurde. Es wurde lediglich der Punkt 2 ergänzt.

Der Vorsitzende sagt, dass er aus dem mündlichen Ausführen der Verwaltung entnommen habe, dass es sich um Mehrkosten von 10.000 € handele. Dies bittet er noch einmal klarzustellen.

Her Hardt sagt, dass zwischen dem aufgehelltem und dem farbigen Asphalt differenziert werden müsste. Beides müsste erst ausgeschrieben werden, um festzustellen, ob es eine Differenz gebe oder nicht.

Herr Cemer möchte wissen, ob die Pflastersteine in der Fußgängerzone grau seien. Er möchte daher wissen, warum nun ein ockerfarbiger Asphalt verwendet werden soll.

Herr Migenda sagt, dass ein heller Asphalt genommen werde und hierbei auch die wirtschaftlichste Lösung.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die einzelnen Punkte aus dem Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD abstimmen

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig angenommen unter Enthaltung der Herren Wagner, Renneberg und Nagelschmidt von der CDU-Fraktion)

1) Der AMV beauftragt die Verwaltung, eine dauerhafte Reparatur gemäß der Sachdarstellung in aufgehelltem Asphalt auszuführen.

Danach wurde über den Punkt 2 des Änderungsantrags abgestimmt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich angenommen entgegen der Stimme der AfD Fraktion, Enthaltung der Herren Nagelschmidt und Renneberg von der CDU-Fraktion)

2) Der AMV beauftragt die Verwaltung, vor Beginn der Reparaturarbeiten die Beschilderung der Tempo20-Zone im Bereich der Buchmühlenstraße zu korrigieren und weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (z.B. Bremsschwellen) zu prüfen.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich angenommen unter Enthaltung von Herrn Steinbuck von der CDU-Fraktion)

Die Verwaltung wird beauftragt, eine dauerhafte Reparatur gemäß der Sachdarstellung in aufgehelltem Asphalt auszuführen.

15. Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) zum 01.01.2027

0598/2026

Zusätzlich wird der Ergänzungsantrag der Fraktion Volt/FWG vom 25.09.2026 behandelt.

Frau Niemann ergänzt, dass sich in der Vorlage ein Tippfehler eingeschlichen habe. Unter b) heißt es, dass das Monatsticket in Zone 1 angeboten werde. Richtigerweise müsse es heißen, dass es ausschließlich in Zone 2 angeboten werde.

Herr Dr. Ufer merkt an, dass die Stadt Einnahmen verloren habe. Des Weiteren sei es so, dass seit 20 Jahren keine Anpassung der Parkgebühren mehr stattgefunden habe. Zusätzlich gebe es noch die Inflation von etwa 50 %, welche keine Berücksichtigung fand. Somit sei bekanntermaßen die finanzielle Situation der Stadt schwierig. Gefühlt sei alles teurer geworden nur das Parken nicht. Dies sei schwer vermittelbar. Natürlich sei es so, dass Menschen mobil sein müssten. Die Autos nähmen jedoch sehr viel Platz in der Stadt ein und es gäbe sicherlich alternative Verkehrsmittel, welche deutlich günstiger und weniger belastend für die Umwelt und die Finanzen seien. Es müssten Anreize geschaffen werden, um auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Seine Fraktion halte den Vorschlag der Verwaltung für einen guten Kompromiss und würde diesem so zustimmen.

Herr Ebert sagt, dass über Gebühren nachgedacht werden müsste und man daher nicht über eine Mehrbelastung der Bürger umhinkäme. Daher sei seine Fraktion dafür, dass das beschlossen werde, was nötig sei.

Herr Cremer sagt, dass seine Fraktion den Änderungen nicht zustimme, da eine solche Erhöhung unverhältnismäßig sei und zudem zu Lasten der Händler ginge.

Herr Laschet erläutert noch einmal den von der Fraktion Volt/FWG gestellten Ergänzungsantrag vom 25.09.2026. Der Beweggrund sei gewesen, dass es sich bei dem Parkraum auf der Schloßstraße um einen Premium-Parkraum handle und es daher angemessen sei, dass für eine solche 1 a Parklage auch Geld bezahlt werde. Daher solle auf der Schloßstraße eine Parkraumzone eingerichtet und die Einführung einer solchen an weiteren, hoch frequentierten

Stellen im Stadtgebiet geprüft werden. Dies habe zudem auch eine regulierende Wirkung auf den Verkehrsfluss und führe auch dazu, dass in einer solchen Parkraumzone weniger geparkt werde.

Herr Dr. Schillings sagt, dass seine Fraktion noch zu keiner eindeutigen Meinung gekommen sei. Daher werde sie diese Vorlage im AFBL noch einmal diskutieren und sich bei der Abstimmung in diesem Ausschuss enthalten.

Herr Renneberg merkt an, dass er denke, das der Änderungsantrag in die richtige Richtung ginge. Es sei gut, dass für solche Premiumlagen Gebühren erhoben werden sollten, aber nicht einfach pauschal. Des Weiteren fügte er an, dass er gelesen habe, dass auf der Schloßstraße (Zone 1) Monatstickets verkauft werden und daher verstehe er auch, warum dort die Parkplätze ständig besetzt seien. Dies führe dazu, dass Einkaufsstraßen nicht mehr zum Einkaufen, sondern zum Parken genutzt werden. Des Weiteren gebe es noch den Punkt, dass der Parkplatz am Amtsgericht Bensberg nicht mehr zur Verfügung stände. Er bittet die Verwaltung zu klären, ob dieser wieder zur Verfügung gestellt werden könne. Darüber hinaus möchte er von Frau Niemann wissen, wie viele Dauerparkplätze auf der Schloßstraße vorhanden sein.

Frau Niemann antwortet, dass es wohl aufgrund des Tippfehlers in der Vorlage hier zu einem Missverständnis gekommen sei. Für die Schloßstraße würden keine Monatstickets verkauft werden.

Herr Ebert bittet darum, auch wenn man sich hier uneinig sei, trotzdem zu einer Entscheidung zu kommen.

Der Vorsitzende fragt die Fraktion Volt/FWG, ob sie den Änderungsantrag weiterhin aufrecht halten wollen. Herr Laschet bejaht dies.

Daher lässt der Vorsitzende über den Ergänzungsantrag der Fraktion Volt/FWG vom 25.09.2026 abstimmen:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden

Beschluss: (mehrheitlich abgelehnt, entgegen der Stimme der Fraktion Volt/FWG, Enthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen, SPD, die Linke GL und den Herren Steinbuck und Maus von der CDU-Fraktion).

1. Die Verwaltung prüft die Einführung einer dritten Parkraumzone „Zone 0“ mit Parkgebühren je angefangenen 10 Minuten in Höhe von 0,50 €. Mit einer Einführung der Zone „0“ wird in der Schloßstraße in Bensberg begonnen. Die Einführung an weiteren, hoch frequentierten Stellen im Stadtgebiet wird von der Verwaltung geprüft.

2. Die Verwaltung prüft eine Koppelung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten der Stadt Bergisch Gladbach an den Verbraucherpreisindex. Die entsprechenden Gebührenänderungen könnten beispielsweise alle zwei oder drei Jahre zum 01.07. des entsprechenden Jahres durchgeführt werden.

Danach wird über den Beschluss der Verwaltung abgestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat folgenden

Beschluss: (mehrheitlich angenommen, entgegen der Stimme der AfD-Fraktion, Enthaltung der CDU-Fraktion)

Die Gebührenordnung für Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Form beschlossen.

16. Anträge der Fraktionen

16.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2026 - Rückbau ehemalige Fahrradstraße Nachtigallenstraße

0549/2026

Herr Dr. Schillings leitet ein, dass das Thema Fahrradstraßen ein Zankapfel sei und bereits intensiv darüber diskutiert wurde. Die CDU-Fraktion habe zum Ausdruck gebracht, dass es ein Stückwerk sei, welches die Stadt viel Geld koste. Daher werde die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag dergestalt erweitern, dass zusätzlich beantragt wird, den Punkt II des damaligen Beschlusses zum „Radverkehrsnetz (im Zusammenhang mit dem Fahrradstraßenkonzept) Drucksachen-Nr. 0710/2023“ aufzuheben. Das sei der Aspekt, welche Straßen zu Fahrradstraßen umgebaut werden sollen. Hiermit solle dieses Projekt nicht weiter mit Gewalt durchgesetzt und weitere juristische Verfahren vermieden werden. Man müsse sich auf konkrete Verbesserungen des Radverkehrs konzentrieren und dies im Konsens mit den Anwohnern.

Der so erweiterte Antrag wird als Ausdruck von der CDU-Fraktion an die Ausschussmitglieder verteilt (s. Anlage 1).

Nachrichtlich: In der Anlage wird neben dem Beschlusspunkt II auch der Beschlusspunkt III aufgeführt.

Der Vorsitzende bittet Herrn Dr. Schillings den erweiterten Antrag noch einmal vorzulesen.

Herr Ebert merkt an, dass er in der heutigen Sitzung zum Ausdruck gebracht habe, wie sehr Fahrradstraßen benötigt werden. Die Stadt würde andernfalls die letzte Möglichkeit der Gestaltung aus der Hand geben und damit würde auch die strukturierte Mobilitätspolitik von Bergisch Gladbach enden.

Herr Dr. Ufer sagt, dass er es nicht gut finde, einen so weitreichenden Beschluss so kurzfristig einzureichen. Seine Fraktion habe somit nicht die Möglichkeit diesen in Ruhe durchzulesen und Position dazu zu beziehen. Dies sei eine „Anti-Fahrradstraßen-Ideologie“ und diese lehne man ab. Seine Fraktion hätte es begrüßt, wenn erst einmal, wie in der letzten Ausschusssitzung angekündigt, die juristische Expertise zu den Straßen Nachtigallenstraße und Hasenweg abgewartet worden wäre. Daher werde die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen diesem erweiterten Antrag auch nicht zustimmen.

Frau Häusling bittet darum, dass wenn Anträge gestellt werden, dann über den üblichen Weg.

Herr Laschet fügt an, dass er sich nicht in der Lage sehe über den erweiterten Antrag abzustimmen und wisse auch nicht, ob dieser Antrag der Geschäftsordnung entspräche.

Der Vorsitzende führt aus, dass ein Antrag zur Sache jederzeit gestellt werden könne. Er weist noch darauf hin, dass die betreffende AMV-Sitzung am 13. Februar 2024 und nicht wie angegeben am 21. Januar 2024 stattgefunden habe.

Herr Dr. Schillings fügt noch an, dass es nicht um die Radrouten gehe, sondern um die einzelnen Fahrradstraßen. Es sollte noch einmal darüber nachgedacht werden, welche Maßnahmen im Fahrradverkehr gelten können.

Herr Nagelschmidt ergänzt, dass die CDU-Fraktion nicht gegen Fahrradstraßen sei. Die Radroute solle umgesetzt werden, aber erst dann, wenn eine gewisse Rechtssicherheit gegeben sei und nicht im „Try and Error"-Verfahren und auch nicht auf Kosten der Bürger. Die Situation habe sich hier verselbständigt und die Verwaltung habe gemacht, was sie möchte, und dies ginge an der Realität vorbei.

Herr Migenda sagt, dass er die Emotionalität von Herrn Nagelschmidt verstehe. Es sei aber nicht korrekt, dass die Verwaltung im „Try and Error"-Verfahren gehandelt habe. Die Verwaltung handle immer nach Beschlüssen sowie nach Recht und Gesetz. Zudem erläutert er, dass die CDU-Fraktion jetzt den von ihr mitbeschlossenen damaligen Beschluss nun wieder zurücknehmen wolle. Weiterhin, dass mit dem Gerichtsurteil nicht die Fahrradstraße in Frage gestellt wurde, sondern dass die Erhebungen, die gemacht wurden, nicht ausreichend gewesen seien. Daher wäre es gut, zunächst einmal die Ergebnisse im politischen Raum diskutieren zu können. Für ihn sei das Vorgehen der CDU-Fraktion nicht verwunderlich. Die Mobilitätswende werde in Bergisch Gladbach so allerdings nicht weiter vorangetrieben.

Herr Cremer sagt, dass seine Fraktion den erweiterten Antrag der CDU-Fraktion unterstütze, da er denke, dass nicht so viele Bürger Fahrradstraßen befürworten.

Herr Laschet merkt an, dass er sich aktuell nicht in der Lage sehe, über den erweiterten Antrag zu entscheiden. Zumal ihm der Beschluss (Drucksachen-Nr. 0710/2023) nicht zur Kenntnisnahme vorliege.

Der Vorsitzende zitiert daraufhin aus der Niederschrift zum AMV vom 13. Februar 2024 noch einmal das Abstimmungsergebnis und den Beschluss.

„Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (jeweils mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Freie Wählergemeinschaft)

II. Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Straßen als Fahrradstraßen umzuplanen. Die Straßen sollen soweit erforderlich auch für Kfz-Verkehr und Elektro-Kleinfahrzeuge freigegeben werden. Dabei soll die aktuelle Verkehrsführung für den Kfz-Verkehr beibehalten werden. Die Anwohnenden sind in angemessenem Umfang über die Planungen zu informieren. Anregungen, Anfragen und Hinweise aus der Bürgerschaft sollen berücksichtigt werden. Die Verkehrsbelastung soll vor und ein Jahr nach der Umsetzung ermittelt werden.

- Im Buchenkamp, Buchenkampsweg, Siegenstraße, Wickenpfädchen, Friesenstraße, Hasenweg, Kaule und Gartenstraße (Route F2)
- Alter Traßweg, Bahndamm (Route F31')
- Im Aehlemaar, Sträßchen Siefen, Herkenfelder Weg, Borngasse (Route F7)

III. Hierfür soll mit den im Haushalt für die Umsetzung von Fahrradstraßen (I02224004) vorgesehenen Mitteln nach Möglichkeit ein externes Planungsbüro beauftragt werden, um die Verwaltung zu entlasten und die Umsetzung zu beschleunigen."

Herr Ebert sagt, dass er es gut finde, dass noch einmal dargestellt wurde, worum es gehe und dass die CDU-Fraktion diesen Beschlüssen zugestimmt habe. Die Fahrradstraßen seien das einzige Mittel, welches die Stadt noch habe, um die Mobilitätsströme zu verschieben und den Kraftfahrzeugverkehr zu entlasten.

Herr Dr. Schillings merkt an, dass er der Meinung sei, dass die Leute weiterhin Fahrrad fahren werden, auch wenn es keine Fahrradstraßen gebe. Diese seien eine Ressourcenverschwendung. Es müsse überlegt werden, wie die RadPendlerRouten trotzdem weiterentwickelt werden können.

Herr Steinbuck sagt, dass er im Mai 2026 bei der Schulungsveranstaltung von der Verwaltung für die Ausschussmitglieder des AMV gewesen sei. Er habe dort gefragt, was der Unterschied zwischen einer normalen Nebenstraße und einer Fahrradstraße sei. Er habe es so verstanden, dass in einer Fahrradstraße ein Kraftfahrzeug kein Fahrrad überholen dürfe, aber Radfahrer dürften nebeneinander fahren. Er merkt an, dass Radfahrer nur mit 1,50m Abstand überholt werden dürfen. Daher brauche es keine Fahrradstraßen, da man einfach mittig in der Straße fahren könne und sich damit seine eigene "Fahrradstraße" schaffen würde.

Herr Laschet merkt an, dass auch wenn es sich hierbei um einen erweiterten Antrag zur Sache handle, es darum gehe, dass der grundsätzliche Beschluss zu den Fahrradstraßen wieder rückgängig gemacht werden soll. Da nicht genügend Zeit gewesen sei, könne er sich zu dem jetzigen Zeitpunkt noch nicht dazu äußern. Die Vorgehensweise sei nicht in Ordnung und daher werde seine Fraktion dem erweiterten Antrag nicht zustimmen.

Herr Wagner fügt noch an, dass es korrekt sei, dass seine Fraktion dem Konzept damals zugestimmt habe, aber inzwischen haben sich neue Erkenntnisse ergeben und daher wurde der Beschluss noch einmal überdacht. Vor allem, wenn man sehe, was dieses Fahrradkonzept für Konsequenzen zur Folge habe. Es sei merkwürdig, dass die FWG-Fraktion damals gegen diesen Antrag gestimmt habe und nun dafür sei. Vielleicht haben auch sie inzwischen neue Erkenntnisse erlangt. Des Weiteren sagt er, dass die Fahrradstraßen der Stadt nicht weiterhelfen. Es gehe darum, die gefährlichen Knotenpunkte zu entschärfen. Da man mit der Umsetzung nicht zufrieden gewesen sei, soll nun der Beschluss wieder gekippt werden.

Frau Häusling geht noch einmal auf die Aussage von Herrn Steinbuck ein. Sie würde, wenn sie mitten auf der Straße fahren würde, von anderen Verkehrsteilnehmern bedrängt werden. Des Weiteren stelle sie den Antrag, den erweiterten Antrag zu verschieben.

Der Vorsitzende stellt noch einmal fest, dass dies ein Vertagungsantrag zu dem gesamten Tagesordnungspunkt sei.

Herr Maus sagt, dass er es als Unternehmer gewohnt sei, Fakten zur Kenntnis zu nehmen, Prioritäten zu setzen und dann Entscheidungen zu treffen. Die Fakten seien, dass das, was hier gemacht werde, nicht klimafähig und nicht wirtschaftlich sei. Des Weiteren gebe es seiner Meinung nach keine Studien, die belegen würden, dass die Bürger nicht weiterhin Fahrradfahren würden, auch wenn es keine Fahrradstraßen gebe.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass er gehofft habe, dass man sich auf den Kompromiss hätte einigen können, die Schilder abzubauen. Der erweiterte Antrag habe ihn überrascht und dies sei ein „Piratenüberfall“. Wenn die Fahrradstraßen nicht mehr gebaut werden sollen, dann bleibe immer noch die Verpflichtung, eine Radroute von Bensberg nach Refrath herzustellen.

Herr Reiländer erwidert, dass die Radrouten kein Thema seien. Das Stückwerk Nachtigallenstraße/Hasenweg sei das Problem, da sich hier etwas verselbständigt habe.

Der Vorsitzende sagt, dass er zur Kenntnis genommen habe, dass es bei der Debatte das verbindende Element, die Aufrechterhaltung der Radrouten, und das trennende Element, die Fahrradstraßen, gegeben habe.

Es wird zuerst über den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt in die nächste Ausschusssitzung zu verschieben, abgestimmt.

Dieser wurde mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU und AfD-Fraktion, Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen.

Anschließend wird über die einzelnen Punkte des erweiterten Antrags von der CDU-Fraktion vom 26.09.2026 abgestimmt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen, SPD, Volt/FWG und die Linke GL)

1) Die Beschlusspunkte II und III des Beschlusses zum „Radverkehrsnetz (in Zusammenhang mit dem Fahrradstraßenkonzept) „(Drucksachen-Nr. 0710/2023) des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen vom 13. Februar 2024 werden aufgehoben.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich angenommen, gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, SPD und die Linke GL, Enthaltung der Fraktion Volt/FWG)

2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Markierungen und Beschilderungen der in Beschlusspunkt II der Drucksache-Nr. 0710/2023 genannten ehemaligen Fahrradstraßen unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31. Oktober 2026, zurückzubauen und den ursprünglichen Zustand vor der Umwidmung zur Fahrradstraße wiederherzustellen.

16.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2026 - Verkehrssicherheit in Herrenstrunden und Herkenrath verbessern

0596/2026

Herr Ebert sagt, dass es frustrierend sei, dass die Verkehrspolitik in Bergisch Gladbach im Bereich des Mikromanagements stattfinde. Es müsse jedoch versucht werden, das, was zu retten sei, noch zu retten.

Herr Nagelschmidt antwortet, dass das, was Herr Ebert als Mikromanagement betrachtet, für die CDU-Fraktion das Engagement zum Wohl der Bürger sei. Dies seien die normalen Themen.

Frau Häusling weist darauf hin, dass die Aufstellung von Verkehrsschildern der Anordnung der Straßenverkehrsbehörde bedarf.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass die Aufstellung von Verkehrsschildern eine Sache sei, aber einige Themen würden auch in das Aufgabengebiet der Straßenbaubehörde fallen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig angenommen, Enthaltungen der Stimmen von den Fraktionen SPD, Volt/FWG, die Linke GL)

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. auf der Kürtener Straße vor der Einmündung „Hombacher Weg“ die Geschwindigkeit auf 50 km/h reduzieren und ein Verkehrsschild „gefährliche Kreuzung“ (Verkehrszeichen 102) aufstellen;
2. die Randstreifen an der „Kürtener Straße“ vor den Einmündungen „Hombacher Weg“ und „Asselborner Weg“ vom Bewuchs freihalten, so dass eine Sichtachse erhalten bleibt;
3. vor der Einmündung von „Hombacher Weg“ in die „Kürtener Straße“ und „Asselborner Weg“ in die „Kürtener Straße“ das Verkehrszeichen „Vorfahrt achten“ (Verkehrszeichen 205) durch ein „Stoppschild“ ersetzen:

4. vor der Einmündung der „Strunder Delle“ ebenfalls das „Vorfahrt achten“ -Schild durch ein „Stopp-Schild“ (Verkehrszeichen 206) ersetzen;
5. mit den Behörden und der Kreisverwaltung eine Gestaltung des Radwegs entlang der Straße zu erreichen, die ihn wirklich nutzbar macht (Asphaltierung).

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

17.1. Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2026 - Bauverzögerung bei der Sanierung der Altenberger-Dom-Str. - Abschnitt 2

0597/2026

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

17.2. Mündliche Anfragen

Herr Ebert möchte von der Verwaltung wissen, wann der aus dem Ausschuss für Beschwerden kommende Vorgang Verbesserung der Verkehrssicherheit der GGS Moitzfeld im AMV behandelt werde. Des Weiteren möchte er wissen, welchen Hintergrund die Aufstellung der vielen zusätzlichen Oberleitungsmasten an der KVB-Strecke durch Refrath hätten. Es seien keine Oberleitungen gemacht worden.

Herr Schmitz antwortet, dass der Vorgang Verbesserung der Verkehrssicherheit der GGS Moitzfeld in den AMV verschoben und heute unter dem Punkt Ö10 „Schulisches Mobilitätsmanagement – Sachstand und Neuorganisation“ Gegenstand der Tagesordnung war. Die KVB führe seines Wissens in den Herbstferien noch Arbeiten durch und dann seien die Maßnahmen an der Oberleitung abgeschlossen.

Herr Nagelschmidt sagt, dass er an der Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße keine Bauaktivitäten erkennen könne und dies zu einem erheblichen Rückstau führe.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Frau Skribbe hat eine Frage zur Schloßstraße in Bensberg insbesondere zur Gartenstraße. Dort werde von den Autofahrern auf dem Weg zum Busbahnhof alles zugeparkt. Insbesondere der Fußweg vor der Kanzlei Leonhard & Imig in Bensberg. Des Weiteren möchte sie wissen, wie die Informationsveranstaltung am Dienstag zum Neuenweg und der Ferdinand-Schmitz-Straße verlaufen sei.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 3 + 4 beigefügt.

Herr Hardt antwortet, dass dies geprüft werde und fügt noch als Hinweis hinzu, dass die Stellplätze vor der Fahrschule privat seien.

Herr Dr. Schillings habe in der Ausschusssitzung vom 03.03.2026 die Frage gestellt, ob das Parkverbot bis zum Herkenrather Tor verlängert werden könne. Die Antwort von der Verwaltung sei gewesen, dass dies noch einmal differenziert, werden müsse. Er wolle wissen, was genau damit gemeint sei.

Herr Gampp antwortet, dass nicht genau klar gewesen sei, um welchen Bereich es sich hierbei handle. Diese Konkretisierung wurde zwischenzeitlich formuliert und die Beantwortung befindet sich in Bearbeitung.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

Herr Wagner weist darauf hin, dass er am 28.6.25 angefragt habe, was mit den Fahrradständern am südwestlichen Ende des Peter-Bürling-Platz sei. Dort seien nur wenige Fahrradständer. Es handle sich um zwei, wo maximal vier Fahrräder hineinpassen. Daher wolle er von der Verwaltung wissen, ob es möglich sei, mehr Fahrradständer aufzustellen. Des Weiteren gehe es um die Ampelschaltung an der Buddestraße /Kölner Straße. Er wolle wissen, ob diese noch einmal auf ihre Effizienz hin überprüft wurde, da es hier zu größeren Rückstaus komme.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu der ersten Frage von Herrn Wagner:

Nach telefonischer Rücksprache mit Herrn Wagner wurde vereinbart, weitere Fahrradständer auf dem Peter-Bürling-Platz zu installieren. Die Festlegung der konkreten Standorte wird vor Ort geprüft.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu der zweiten Frage von Herrn Wagner wird der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:21 Uhr.

gez. Kraus	gez. Türk
Vorsitzender	Schriftführung

CDU

CDU-Fraktion | Konrad-Adenauer-Platz 1 | 51465 Bergisch Gladbach

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen
Herrn Robert-Martin Kraus
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 14-2218
E fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

26. September 2026

Änderungsantrag zur Sache beim TOP 16.1 Antrag „Rückbau ehemalige Fahrradstraße Nachtigallenstraße" bei der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 29. September 2026

Sehr geehrter Herr Kraus,

die CDU-Fraktion stellt einen Änderungsantrag zur Sache beim Tagesordnungspunkt 16.1 Antrag „Rückbau ehemalige Fahrradstraße Nachtigallenstraße" bei der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 29. September 2026

Der modifiziert Beschlussvorschlag lautet:

1. Die Beschlusspunkte II und III des Beschlusses zum „Radverkehrsnetz (in Zusammenhang mit dem Fahrradstraßenkonzept)" (Drucksachen-Nr. 0710/2023) des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen vom 21. Januar 2024 werden aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Markierungen und Beschilderungen der in Beschlusspunkt II der Drucksache-Nr. 0710/2023 genannten ehemaligen Fahrradstraßen unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31. Oktober 2026, zurückzubauen und den ursprünglichen Zustand vor der Umwidmung zur Fahrradstraße wiederherzustellen.

Begründung:

Durch den Beschluss des Landgerichts Köln vom 05. Mai 2026 ist die Stadtverwaltung verpflichtet, die eingerichtete Fahrradstraße „Hasenweg – Nachtigallenstraße – Parkstraße" sowie die entsprechenden Verkehrszeichen zurückzubauen bzw. außer Kraft zu setzen. Ein Rückbau ist bislang nicht erfolgt.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag soll daher sichergestellt werden, dass die entsprechenden politischen Beschlüsse aufgehoben und die daraus resultierenden Maßnahmen zeitnah und nachvollziehbar umgesetzt werden. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist

es erforderlich, nach der inzwischen entstandenen Situation Klarheit zu schaffen und einen rechtssicheren Zustand herzustellen.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, die Förderung des Radverkehrs grundsätzlich infrage zu stellen. Die CDU-Fraktion unterstützt das Ziel, den Radverkehr in Bergisch Gladbach weiterzuentwickeln und hierfür geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Diese Maßnahmen müssen jedoch rechtssicher, nachvollziehbar und unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der übrigen Verkehrsteilnehmer entwickelt und umgesetzt werden.

Die Entwicklung rund um die Einrichtung der Fahrradstraße „Hasenweg – Nachtigallenstraße – Parkstraße" hat darüber hinaus zu erheblichen Spannungen zwischen Anwohnern, Politik und Verwaltung geführt. Die teilweise sehr kontroverse öffentliche und politische Diskussion sowie der weitere Umgang mit der Angelegenheit haben aus Sicht der CDU-Fraktion das gegenseitige Vertrauen belastet und damit auch der politischen Kultur in unserer Stadt geschadet. Gerade deshalb ist es jetzt erforderlich, die Situation nicht weiter zu verschärfen, sondern einen Beitrag zur Deeskalation zu leisten.

Unser Ziel ist eine sachorientierte und konstruktive Verkehrspolitik, die unterschiedliche Interessen miteinander in Einklang bringt. Die Förderung des Radverkehrs und die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner müssen dabei kein Widerspruch sein. Entscheidend ist, dass Maßnahmen nachvollziehbar begründet, rechtssicher beschlossen und mit der notwendigen Akzeptanz in der Bürgerschaft umgesetzt werden.

Der beantragte Rückbau und die Aufhebung der entsprechenden Beschlusspunkte sollen daher auch dazu beitragen, die entstandene Konfliktsituation zu beenden und die Grundlage für einen neuen, konstruktiven Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu schaffen.

Nachhaltigkeit:

Mit der Anfrage werden folgende UN-Nachhaltigkeitsziele angestrebt und umgesetzt:







Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender

Harald Henkel
Stell.-Fraktionsvorsitzender
und Fraktionsgeschäftsführer

Dr. Oliver Schillings
Ratsmitglied und
AMV-Sprecher

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
z.Hd. Herrn Felix Nagelschmidt
Postfach 20 09 20

51439 Bergisch Gladbach

Fachbereich 6
Stadtentwicklung, Bau und Mobilität
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz 1
Auskunft erteilt: L. Bousselhem
Telefon: 02202-14-2588
E-Mail: baustellen@stadt-gl.de

16.10.2026

Ihre Anfrage im Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen am 29.9.2026

Sehr geehrter Herr Nagelschmidt,

in der o. a. Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen wiesen Sie darauf hin, dass sich die Baumaßnahme im Bereich Hauptstraße/Odenthaler Straße bereits über einen längeren Zeitraum erstreckt, derzeit keine Bautätigkeit festzustellen sei und die bestehende Verkehrsführung zu erheblichen Rückstaus führe.

Die Maßnahme der RheinNetz erstreckt sich vom Einmündungsbereich Odenthaler Straße/Hauptstraße über die Hauptstraße bis zur Hammermühle und dient der Herstellung von Versorgungsanschlüssen für einen Neubau. Zwischenzeitlich hat sich die Maßnahme vollständig in die Hauptstraße verlagert. Aufgrund der Baustellensituation war jedoch weiterhin eine Ersatzsignalisierung des Kreuzungsbereichs erforderlich.

Die Verkehrssituation wird zusätzlich durch wiederholten Vandalismus an der Signalanlage erschwert. Hierbei wurden mehrfach Detektoren verstellt bzw. außer Betrieb gesetzt sowie Taster für die Fußgängerüberwege beschädigt. Aufgrund der Häufigkeit der Störungen musste das Fußgängersignal schließlich in den Dauerumlauf übernommen werden. Dies wirkt sich auf den Verkehrsablauf aus und trägt zu den Rückstaus bei.

Am Freitag, den 09.10.2026, konnte der zeitgleich signalisierte gegenläufige Verkehr auf der Odenthaler Straße/Hauptstraße wieder freigegeben werden. Von der Maßnahme wird eine deutliche Entspannung der Verkehrssituation erwartet.

Mit freundlichen Grüßen

i.V.
Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

2. Zur Niederschrift AMV

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Frau
Anne Skribbe
p. Adr. Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Fachbereich 3-321
Verwarnungs- und Bußgeldstelle
Sachgebietsleitung
Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz
Konrad-Adenauer-Platz 9
Auskunft erteilt:
Frau Germerodt, Zimmer 322
Telefon: 02202/142392
Telefax: 02202/14702392
e-mail: d.germerodt@stadt-gl.de

12. Oktober 2026

Ihre Anfrage in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen (AMV) am 29.09.2026

Sehr geehrte Frau Skribbe,

in der Schlossstraße und in der Gartenstraße ist ein eingeschränktes Zonenhaltverbot angeordnet. Das Parken ist dort ausschließlich in den entsprechend markierten Flächen und mit einem gültigen Parkschein erlaubt.

Im Bereich der Gartenstraße 1 sind keine markierten Parkflächen ausgewiesen. Daher ist das Parken in diesem Teilstück der Gartenstraße nicht zulässig.

Der Außendienst der Verkehrsüberwachung wird den Bereich weiterhin regelmäßig kontrollieren und bei festgestellten Verstößen gebührenpflichtige Verwarnungen aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Thore Eggert
Beigeordneter für Recht, Sicherheit und Ordnung

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen
z.Hd. Frau Skribbe
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
Natascha Schemmann, Zimmer E10
Telefon: (02202) 14 13 49
Telefax: (02202) 14 70 13 49
n.schemmann@stadt-gl.de

Bergisch Gladbach, 05.10.2026

Öffentlichkeitsbeteiligung Neuenweg/Ferdinand-Schmitz-Straße

Sehr geehrte Frau Skribbe,

in der vergangenen Sitzung des AMV vom 29. September 2026 stellten Sie die Anfrage, wie die Informationsveranstaltung zum Neuenweg und der Ferdinand-Schmitz-Straße verlaufen sei. Nachfolgend möchte ich Ihnen dazu folgendes antworten:

Am 23. September 2026 fand in den Otto-Hahn-Schulen eine Öffentlichkeitsbeteiligung zur Planung des Neuenwegs und der Ferdinand-Schmitz-Straße statt. An der Veranstaltung haben etwa 25 Anwohnerinnen und Anwohner teilgenommen. Zunächst wurde die Planung von der Stadtverwaltung und dem beauftragten Ingenieurbüro vorgestellt. Im Anschluss haben die Teilnehmenden in drei Kleingruppen gemeinsam an der Planung gearbeitet, Fragen gestellt und Hinweise zur weiteren Planung gegeben. Die Verwaltung prüft zurzeit die Eingaben aus der Beteiligung und wird diese, sofern technisch und rechtlich umsetzbar, in die weitere Planung miteinarbeiten. Die Planung wird voraussichtlich im Frühjahr 2027 der Politik vorgestellt. Insgesamt ergibt sich aus Sicht die Verwaltung ein sehr guter Verlauf der Veranstaltung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion Bergisch Gladbach
Rathaus Stadtmitte
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
z. H. Herrn Dr. Schillings

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
Joshua Bilstein, Zimmer E10
Telefon: (02202) 14 26 76
joshua.bilstein@stadt-gl.de

16.10.2026

Ausweitung eines Haltverbots in der Strunder Delle

Sehr geehrter Herr Dr. Schillings,

vielen Dank für Ihre Anfrage bezüglich der Ausweitung des eingeschränkten Haltverbots in der Straße Strunder Delle in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 03. März 2026. Auf Ihre freundliche Konkretisierung der Frage hin konnte das zuständige Sachgebiet Mobilität – Stationäre Verkehrslenkung die Frage nun abschließend verkehrsrechtlich prüfen.

Gemäß § 45 Absatz 9 StVO dürfen Verkehrszeichen und -einrichtungen nur dann angeordnet werden, wenn dies aus verkehrlichen Gründen zwingend erforderlich ist. In diesem Zusammenhang fand ein Austausch mit der Kreispolizeibehörde hinsichtlich der Verkehrssituation vor Ort und insbesondere der Unfalllage statt. Demnach hat sich auf der Strecke der Strunder Delle von der Einmündung in die Landesstraße 286 bis zum Herkenrather Tor in den vergangenen zehn Jahren kein einziger Verkehrsunfall ereignet. Die Polizei stuft den Straßenabschnitt als ungefährlich ein.

Dem zuzufügen ist, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Strunder Delle auf 30 km/h reduziert ist. Die Straßenverkehrs-Ordnung regelt außerdem, dass die Fahrgeschwindigkeit von Kraftfahrzeugen an die äußeren Bedingungen wie beispielsweise die Sicht auf den Gegenverkehr anzupassen ist.

Insgesamt lässt sich deshalb kein Umstand feststellen, der eine zusätzliche Einschränkung des öffentlichen Parkraums in der Strunder Delle zwingend erforderlich machen würde. Eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung ist deshalb nicht zulässig.

Das bestehende eingeschränkte Haltverbot im unteren Teil der Straße wurde im Übrigen angeordnet, weil während Veranstaltungen im alten Freibad Herrenstrunden zeitweise beidseitig in der Strunder Delle geparkt wurde, sodass keine erforderliche Rettungsgasse für Einsatzfahrzeuge mehr frei blieb. Da das Ordnungsamt jedoch vor Ort nicht feststellen kann, ob jeweils das rechte oder linke Fahrzeug später dort geparkt wurde und diesen Umstand damit verursacht hat, war die Anordnung eines einseitigen Haltverbots erforderlich.
Dieses beidseitige Parken beschränkte sich jedoch auf den unteren Teil der Straße und eine Verlagerung in Richtung Herkenrather Tor ist seit der Einrichtung des Haltverbots nicht bekannt geworden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
Patrick Schmiegel
Telefon: (02202) 14 1724
Telefax: (02202) 14 70 1459
p.schmiegel@stadt-gl.de

29.10.2026

Ampelschaltung am Knotenpunkt Buddestraße/Kölnerstraße

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Buddestraße / Kölner Straße wurde im Rahmen einer Leistungsfähigkeitsuntersuchung nach dem Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen (HBS) überprüft und die Signalsteuerung entsprechend angepasst.

Die Ergebnisse der HBS-Berechnung haben gezeigt, dass durch eine Optimierung der Signalzeiten lediglich noch eine zu vernachlässigende Reduzierung der Rückstaulängen erreicht werden kann, das Verbesserungspotenzial somit stark begrenzt ist. Bereits mit den vorgenommenen Anpassungen wurden die verkehrstechnischen Möglichkeiten der bestehenden Anlage weitgehend ausgeschöpft.

Eine darüberhinausgehende Verringerung der Rückstaulängen wäre voraussichtlich nur durch bauliche oder markierungstechnische Maßnahmen möglich. Diese würden den Verkehrsfluss verbessern, sind jedoch mit einem deutlich höheren Planungs- und Kostenaufwand verbunden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter